

## Am 3. Oktober 1990 in New York

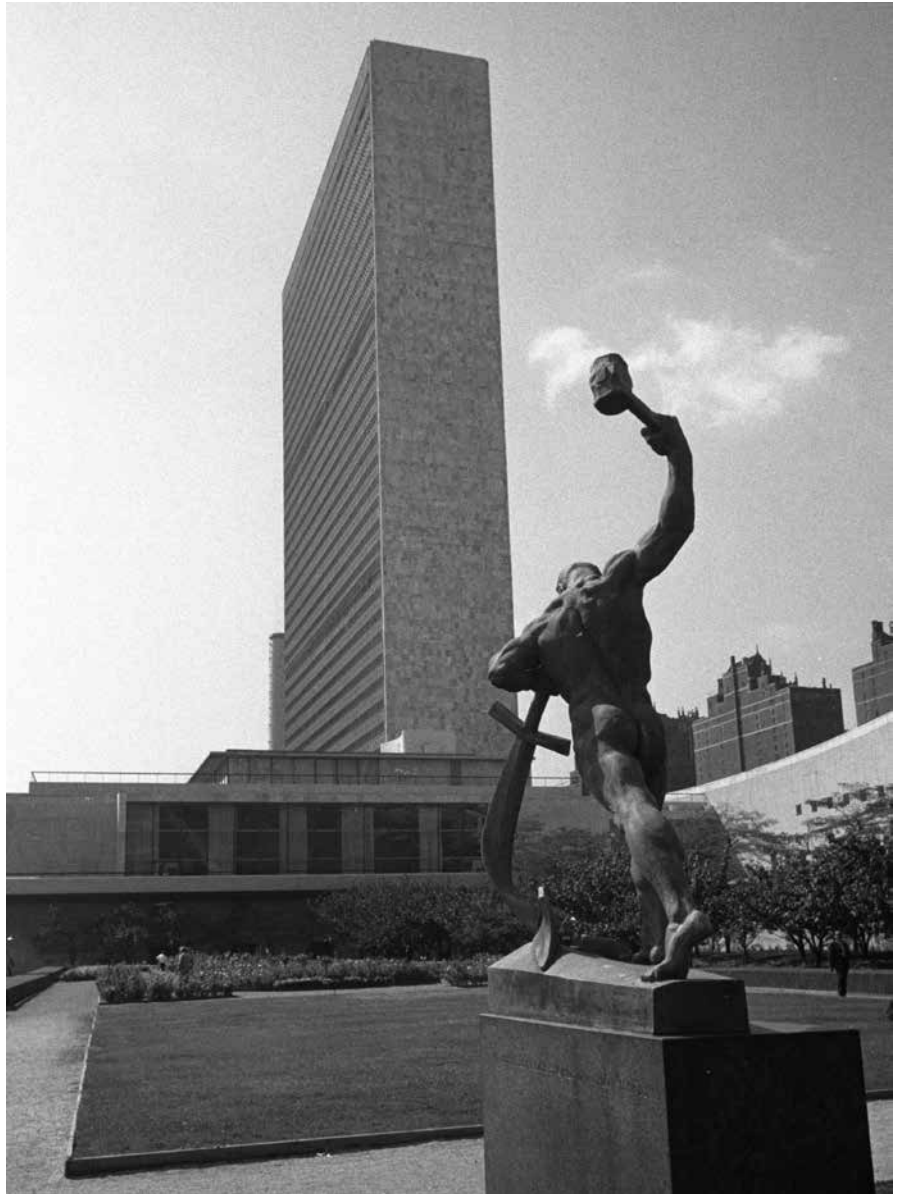
### Erinnerungen und Gedanken

Das Vorzimmer der Generaldirektorin für den Bevölkerungsfond der Vereinten Nationen (UNFPA), Frau Dr. Nafis Sadik aus Pakistan, hatte mich wissen lassen, der gewünschte Gesprächstermin könne am Montag, den 1. Oktober, stattfinden. Als Mitarbeiter des Board of Auditors der United Nations (UN), des für die Kontrolle von Einrichtungen oder Projekten der Vereinten Nationen verantwortlichen Rechnungshofs, führte ich schon seit Wochen mit deutschen, philippinischen und ghanaischen Kolleginnen und Kollegen Prüfungen am UN-Sitz in New York durch. Unsere Büros befanden sich in dem Daily News Building in der 42. Straße in Manhattan, dem bekannten, 1930 fertiggestellten Wolkenkratzer im Art-déco-Stil. Ein herrlicher Blick auf Midtown Manhattan, insbesondere auf das weltberühmte Chrysler Building gehörte zu unseren täglichen Eindrücken.

Ich erläuterte Frau Dr. Sadik, morgen um 18 Uhr (New Yorker Zeit), also in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober, würden sich die beiden deutschen Staaten juristisch zu einem neuen souveränen Staat vereinigen. Dieses nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutsamste historische Ereignis für die Deutschen wollten wir zum Anlass einer kleinen Feier nehmen. Wir benötigten einen Raum. Nach dem freundlichen Austausch politischer Ansichten wurde es konkret: Ja, wir dürften am 2. Oktober nachmittags einen Teil der Bibliothek für eine Zusammenkunft nutzen, allerdings unter folgenden strikten Auflagen: kein deutscher Gruß, kein Absingen von Liedern, kein Alkohol. Die Auflagen der Generaldirektorin waren offenbar der Ausdruck von Ängsten und Beklemmungen über einen wieder erstarkenden deutschen Nationalismus, obwohl der „deutsche Gruß“ mit ausgestrecktem rechten Arm als Zeichen der Gefolgschaft und Treue zu Adolf Hitler bekanntlich seit Kriegsende 1945 (zumindest in Deutschland und Österreich) verboten war.

#### Änderung im UN-Alphabet

Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die DDR konnten nach 1949 Mit-



Skulptur „Schwerter zu Pflugscharen“ des sowjetischen Bildhauers Jewgeni Wutschetitsch vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York City (1959 ein Geschenk der Sowjetunion).

Quelle: BArch, B 145 Bild-00004364 / Fotograf: Ludwig Wegmann

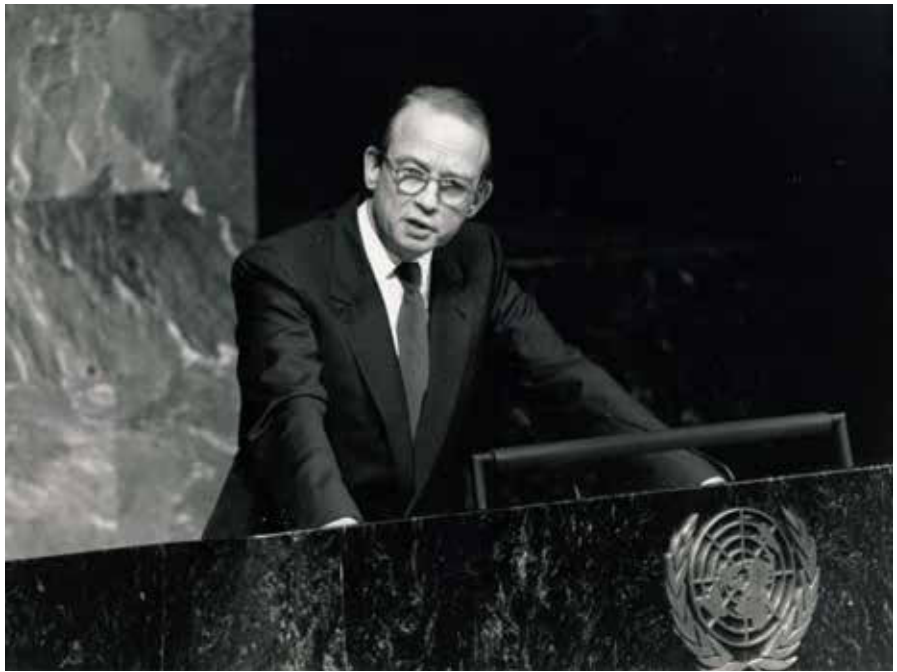
glied der Vereinten Nationen werden. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges hätten mit ihren Vetorechten wechselseitig die Aufnahme der beiden deutschen Staaten, die sich im Ost-West-Konflikt antagonistisch gegenüber standen, verhindert. Während die Bundesrepublik sich schon frühzeitig intensiv in den verschiedenen UN-Sonderorganisationen (zum Beispiel WHO und

UNESCO) engagierte, blieb der DDR dies verwehrt. Eine deutsche Doppelmitgliedschaft in den Vereinten Nationen hätte gegen den von der Bundesregierung über viele Jahre nachdrücklich verfochtenen Alleinvertretungsanspruch verstoßen und wäre nach Bonner Auffassung von der Weltöffentlichkeit als ein Sich-Abfinden mit der deutschen Zweistaatlichkeit gewertet worden. Mit

▼  
der neuen Ost-Politik Willy Brandts und dem Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 21. Dezember 1972 wurde der Alleinvertretungsanspruch aufgegeben. Am 18. September 1973 wurde die DDR als 133. und die Bundesrepublik als 134. Mitgliedsstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte am 26. September 1990 im Rahmen der Herbsttagung der Vereinten Nationen vor der 45. Generalversammlung eine weit umfassende Rede gehalten. Mit Blick auf die in wenigen Tagen stattfindende Wiedervereinigung Deutschlands – so Genscher eingangs – empfänden die Deutschen große Dankbarkeit. Nicht nationalistischer Überschwang bestimmten die Gefühle, es werde in diesen historischen Tagen vor allem das unendliche Leid, das von Deutschland über die Völker Europas und die Welt gebracht wurde, nicht vergessen. Das jetzt wieder vereinte Land bekenne sich zur Friedensverantwortung, bekräftige den Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Die Deutschen wollten nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Auch die Sowjetunion gehöre zu Europa. Genscher streifte skizzenartig auch wesentliche Probleme der damaligen Weltpolitik: die Lage in Palästina, die Irakische Invasion in Kuwait, die Apartheid in Südafrika, die Unabhängigkeit von Namibia, die Lage der Entwicklungsländer, den Klimawandel – bereits damals eine zentrale Fragestellung.

Während der Ansprache Genschers – ich saß mit einer Gästekarte der Deutschen Botschaft im Plenarsaal – schweifte mein Blick immer wieder durch das weite Rund der Generalversammlung mit seinen Sitzreihen und den kleinen Nationenschildern davor: Hinter der Aufschrift „Federal Republic of Germany“ saß Botschafter Hans-Otto Bräutigam, noch bis Anfang 1989 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Und hinter „German Democratic Republic“ saßen die Vertreter der DDR – vielleicht auch der DDR-Botschafter Siegfried Zachmann, ich erinnere mich nicht mehr. Dieses Bild hat sich mir stark eingepägt, denn seit



Hans-Otto Bräutigam während seiner Erklärung im Plenum der UN-Generalversammlung, 3. Oktober 1990. Der Diplomat, zuvor Leiter der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR“ in Ost-Berlin, war in den Jahren 1989/90 deutscher UN-Botschafter in New York.

Quelle: Archiv Hans-Otto Bräutigam / Fotograf: John Isaac (UN Photo #274749)

dem 3. Oktober 1990 gab es im UN-Alphabet nur noch „Germany“.

### Denkwürdiger Abend

Am späten Nachmittag des 2. Oktober fanden wir uns im zugewiesenen Bibliotheksraum ein. An der Wand hing deutlich sichtbar eine Uhr. Es setzte ein lebhaftes Unterhalten und Erzählen zwischen uns ein. Jeder hatte seine eigene Ansicht über den bevorstehenden historischen Augenblick. Manche trugen ihre Erlebnisse früherer Besuche und Besichtigungen in der DDR vor. Dazu konnte ich aus eigenem Erleben nichts beitragen. Seit meinen Aktivitäten bei der studentischen Fluchthilfe im geteilten Berlin der 1960er Jahre, insbesondere Tunnelbauten von West- nach Ostberlin, konnte ich die DDR nicht mehr betreten. Die Staatssicherheit fahndete mit Haftbefehl nach mir. Noch im Jahr 1984 informierte mich der bekannte Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel (Spezialgebiet Häftlingsfreikauf) mit folgenden Worten: „Von Einreisen [in die DDR] würde ich abraten, um zufällige Ungelegenheiten zu vermeiden. Bezüglich Benutzung der Transitwege zwischen Berlin (West) und Bundesrepublik bzw. umgekehrt, bestehen keine Bedenken.“

Punkt 18 Uhr gruppierten wir uns unter der Wanduhr. In diesem Augenblick wurde im sechs Stunden entfernten Berlin die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der die frei gewählte Volkskammer der DDR ausdrücklich und mit großer Mehrheit zugestimmt hatte, vollzogen. Der „Erste Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ war als Völkerrechtssubjekt untergegangen. Den Rest des Abends verbrachten wir in „Lea’s Wine Bar“. Es war nicht verwunderlich, dass die Gäste, mit denen wir ins Gespräch kamen, von einer „deutschen staatlichen Vereinigung“ noch nichts gehört hatten. Sie zeigten sich gleichwohl interessiert und stellten viele Fragen. Besonders schwierig war die bisherige Rechtslage von West- und Ost-Berlin zu erklären. Unsere Gesprächspartner haben sicherlich auch ein wenig von unseren emotionalen Gefühlen gespürt.

Am nächsten Tag nahmen wir im Plenarsaal unsere reservierten Plätze ein. Die Deutsche Botschaft hatte mittels Handzettel vorher informiert, dass „der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Bräutigam, am 3. Oktober (voraussichtlich gegen 10.30 Uhr) im Plenum der Generalversammlung eine Erklärung



Klaus-M. von Keussler (roter Hut) im Auftrag der Vereinten Nationen in Addis Abeba (Äthiopien), das Bild entstand wenige Tage nach Fall der Mauer in Berlin.  
Foto: Archiv Klaus-M. v. Keussler

abgeben“ werde. In seiner vergleichsweise knappen Ansprache knüpfte Bräutigam an die Rede Genschers an. Die Deutsche Einheit sei das Ergebnis eines friedlichen demokratischen Prozesses, in dem das gesamte deutsche Volk sein Recht auf freie Selbstbestimmung ausgeübt habe. Insbesondere mit Blick auf Polen erneuerte Bräutigam die Zusicherung der Bundesregierung, keine territorialen Ansprüche gegen andere Länder heute und in Zukunft erheben zu wollen. Der Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung und den Besitz ebenso wie auf die Kontrolle von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen bleibe weiterhin gültig. Auch das vereinte Deutschland werde um die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit mit allen Kräften bemüht bleiben: Sicherung des Friedens und der Menschenrechte, Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Gerechtigkeit weltweit und Schutz der natürlichen Ressourcen für die Menschheit.

Auch Bräutigam unterstrich abschließend, dass die Deutschen in dieser historischen Stunde der Opfer des Zweiten

Weltkrieges und der Tyrannei gedächten. In der Erinnerung blieben alle, die Unrecht erlitten hätten. Seine Erklärung wurde mit freundlichem Applaus bedacht. Die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs schüttelten als Erste dem deutschen UN-Botschafter – nach meiner Erinnerung etwas steif – die Hand. Die Glückwünsche der Afrikaner und Asiaten, für die das Nation Building ein hohes politisches Ziel ist, fielen wesentlich herzlicher und wärmer aus!

Später am Tag ergriff Bräutigam erneut das Wort. Er und der deutsche Generalkonsul sowie der Präsident des 1978 gegründeten „German Forum“ hatten zu einem Empfang eingeladen. In den altherwürdigen „Metropolitan Club“, gegründet 1891 als noble Vereinigung der New Yorker Upper Class, waren viele in New York lebende Deutsche und befreundete Amerikaner der Einladung gefolgt, darunter Emigranten, die aus Deutschland in den 1930er Jahren vertrieben worden waren. Anders wie im Jahr 1871 – so holte Bräutigam historisch aus –, als das Deutsche Reich nach einem siegreichen Krieg gegründet wurde, sei

1990 die staatliche Einheit Deutschlands aus einem demokratischen Prozess hervorgegangen. Viele Menschen erwarteten und manche fürchteten eine wirtschaftlich und politisch steigende Rolle Deutschlands. Wie wird Deutschland mit dieser Rolle umgehen? Erneut erinnerte der Botschafter an die Opfer des Krieges sowie an das unsägliche Leid für die jüdischen Menschen im Holocaust.

Lebhafte Diskussionen bestimmten den denkwürdigen Abend: Wie neu wird das neue Deutschland? Welche Solidarität und welche wechselseitige Toleranz sind nötig, um die West- und die Ostdeutschen nach 40 Jahren der Trennung zusammenzuführen? Wie sind die Chancen zur Verwirklichung sozialer Interessen in Ost und West? Ist die Wiedervereinigung ein Anschluss an das kapitalistische System der alten Bundesrepublik? Die Angst der Ostdeutschen vor Identitätsverlust, davor, bevormundet zu werden und wirtschaftlich nicht mithalten zu können – ist sie berechtigt? Wie umgehen mit den sowjetischen Befürchtungen, nachdem die DDR als unentbehrliche westliche Bastion des sozialistischen Lagers verloren gegangen war?

Wünsche und Hoffnungen

Ich fragte mich, welche Wünsche und Hoffnungen ich selbst hatte. Meine Erinnerungen gingen zurück in den August 1944, als ich meine Geburtsstadt Königsberg (Ostprenen) als Vierjähriger an der Hand meiner Mutter durch ein brennendes Inferno verlassen musste. Würde ich diese über 700 Jahre alte deutsche Stadt – inzwischen Kaliningrad –, vielleicht schon bald wiedersehen können? Oder das reizvolle Fischerdorf Wustrow auf der Halbinsel Fischland-Darß, wo meine Frau getauft wurde? Würde nicht die Wartburg als Stätte Martin Luthers und der nationalen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts unerwartet ein reales Reiseziel? Ich hatte schon immer den Wunsch, die unvergleichlichen Gold- und Silberarbeiten des Johann Melchior Dinglinger im Grü-

nen Gewölbe in Dresden im Original zu sehen. Jetzt konnte ich Pläne machen!

Während in New York der nächste Tag anbrach, war im Berliner Reichstagsgebäude die 1. Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages in vollem Gange. Die Präsidentin Rita Süßmuth hatte sie mit den Worten eröffnet: „Ein freies und geeintes Parlament in einem freien und geeinten Berlin, in einem freien und geeinten Deutschland – welch ein Tag in der parlamentarischen Geschichte unseres Landes!“ Den Bogen nach New York schlug im Verlauf der Debatte der Theologe Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne), er war als einer von 144 Abgeordneten der Volkskammer am Vortrag in den Bundestag eingezogen. Die berühmte Skulptur von Jewgeni Wutschetitsch vor dem UN-Gebäude – ein Geschenk der Sowjetunion – vor Augen, rief er am 4. Oktober

1990 aus: „Die Schwerter zweier Weltkriege, des Kalten Krieges und des Klassenkampfes umzuschmieden zu Pflugscharen der Demokratie, das ist die Aufgabe, vor die der Vollzug der Einigung Deutschlands uns stellt. [...] Die jungen Leute der Friedensbewegung in unserem Land, die dieses Zeichen Anfang der achtziger Jahre als Aufnäher an ihren Ärmeln trugen, wurden polizeilich verfolgt und mehr als einmal misshandelt. So umschreibt dieses Symbol die Dimensionen der Aufgabe, die vor uns steht!“

Es waren eindringliche Worte, an die ich immer erinnert wurde, wenn ich auf meinem Weg ins Büro an dieser eindrucksvollen Skulptur vorbeiging – im Oktober 1990 in New York.

Ass. iur. Klaus-M. v. Keussler  
Vorsitzender Freiheit – Förderverein  
Gedenkstätte Andreasstraße e. V., Erfurt



Spätausgabe der „New York Times“ vom 3. Oktober 1990.

Quelle: Archiv Klaus-M. v. Keussler